

Wege aus der Altersarmut für Frauen

Überparteiliches Bündnis in Berlin legt Ziele 2025 vor

03.06.2013. Minijobs, Niedriglöhne in frauendominierten Berufen, keine Berücksichtigung von Familien- und Sorgearbeit – die AG Frauen-Arbeit-Politik (AG FAP) in Berlin hat diese drei Probleme als die Hauptgründe für die Altersarmut von Frauen ermittelt.

Margret Urban, Mitglied in diesem überparteilichen Bündnis aus frauenpolitischen Verbänden, Organisationen, Initiativen und Personen und stellvertretende Präsidentin des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V. erklärte dazu: „Unsere AG hat zusammengetragen, dass Frauen heute fast 60 Prozent weniger Alterseinkommen haben als Männer. Mehr als 70 Prozent haben keinen Zugang zu betrieblicher oder privater Alterssicherung. Trotz gesteigener Erwerbsbeteiligung liegt die durchschnittliche Frauenrente bei rund 500 Euro. Wie viel die Arbeit von Frauen der Gesellschaft wert ist, zeigt auch die Tatsache, dass die abgeleiteten Renten (Witwenrenten) höher sind als die durch eigene Anwartschaften erworbenen. Diese Fakten müssen die Politiker/innen aufhorchen lassen. Schließlich haben sich die Lebensläufe von Frauen verändert, ist die Zeit der Versorgung vorbei.“

Die AG setzt diesen Verhältnissen die „Ziele 2025“ entgegen und fordert, gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht auf beide Geschlechter zu verteilen und gerecht zu bezahlen. „Frauen und Männer müssen die gleichen Berufs- und Verdienst-Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten, gleich aus welchen Kulturen sie kommen. Das bedeutet auch, dass Männer wie Frauen gleichermaßen für Familien- und Sorgearbeit Verantwortung tragen müssen“, so die AG-Sprecherin, Hannelore Buls, die in der AG die ver.di-Frauen- und Gleichstellungspolitik vertritt und zudem Vorsitzende des Deutschen Frauenrates ist.

Notwendig sei ein Gesamtkonzept gleichstellungsorientierter Altersvorsorge und eine in sich schlüssige Rechtspolitik, so die AG FAP weiter. Dafür müsse ein Runder Tisch einberufen werden, dessen Arbeit aber nicht bei Null beginne. Im Gutachten zum ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung seien dazu bereits gute Ansätze erarbeitet worden.

Die Stellungnahme der AG Frauen-Arbeit-Politik kann unter anderem auf der Website des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V. www.vmf-online.de herunter geladen werden und wird an führende Politiker/innen versandt.

Anlage 2

Weitere Informationen erhalten Sie von:

Margret Urban, stellv. Präsidentin, Ressort Tarifpolitik
des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.
Tel: (030) 3 31 97 39
murban@vmf-online.de
Heike Rösch, Pressebüro T: 06198/ 5 75 98 78
presse@vmf-online.de

Weitere Ansprechpartner/innen der AG Frauen-Arbeit-Politik sind:
Marion Böker, Deutscher Frauenring; Judith Brandner, Fachanwältin für Sozialrecht; Carola von Braun, ÜPFI u. FDP; Hannelore Buls, ver.di-Frauen; Uta Denzin-von Broich-Oppert, ÜPFI; Ursula Hasecke für die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten der Berliner Bezirke, Anja Kofbinger, MdA Berlin, Grüne/B90; Dagmar König, CDU-Frauen-Union, CDA; Gudrun Laufer, Berliner Frauenbund; Mechthild Rawert, MdB, SPD;